

**Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag,
02.07.2020 um 20.00 Uhr im Kreativzentrum der Ludgerusschule Rhede**

Anwesend:

Ratsvorsitzender (RV) Theo Staars
Ratsherr Henning Behrens
Ratsfrau Angelika Grote
Ratsherr Heinz Heyers
Ratsherr Rochus Hiller
Ratsherr Frank Hunfeld
Ratsherr Gerd Husmann
Ratsherr Joachim Hübner
Ratsfrau Christine Langen
Ratsherr Hans-Jürgen Pohl
Ratsherr Wilhelm Santen
Ratsfrau Anni Schlömer
Ratsherr Josef Schubert
Bürgermeister Jens Willerding

Es fehlt entschuldigt:

Ratsherr Matthias Hunfeld

Verwaltung:

Gemeindeangestellter, H-B Lüsing-Hauert, Niederschrift

Pressevertreter:

-/-

Zuhörer:

6 Personen, darunter
Ortsvorsteher Lars Biergans
Ortsbürgermeisterin Adele Telgen

Tagesordnung:

01. Eröffnung der öffentlichen Sitzung
02. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit
03. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge
04. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 19.05.2020
05. Vorlagen des Ausschusses für Bau und Umwelt (Sitzung vom 22.06.2020)
 - 05.1 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede; hier: Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss, Az: 621-12XXXVIII
 - 05.2 4. Änderung Bebauungsplan Nr. 12 A „Maritimes Wohnen am Spieksee“ – „Nördlich Spiekweg“; hier: Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss, Az: 621-678
 - 05.3 Anträge der SPD-Ratsfraktion vom 24.05.2020
 - a) Baumsatzung, Az: 714-12
 - b) Verhütung der Folgen von Starkregen, Az: 865-35
 - 05.4 Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.06.2020
 - a) Wasserhaushaltung und Wasserregulierung, Az: 741-03

06. Vorlagen des Verwaltungsausschusses (Sitzung vom 25.06.2020)

- 06.1 Anpassung der Abwassergebühr, Az: 865-41
- 07. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 08. Anträge und Anfragen
- 09. Einwohnerfragestunde
- 10. Schließung der Sitzung

01. Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Der Ratsvorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die öffentliche Sitzung.

02. Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsmäßige Ladung wird bei Anwesenheit der aufgeführten Ratsmitglieder festgestellt. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. GOR Gerdes fehlt krankheitsbedingt

03. Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Die vorstehende Tagesordnung wird mit Zustimmung aller Ratsmitglieder festgestellt.

04. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 19.05.2020

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 19.05.2020 wird einstimmig genehmigt.

05. Vorlagen des Ausschusses für Bau und Umwelt (Sitzung vom 22.06.2020)

05.1 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ in Rhede; hier: Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss, Az: 621-12XXXVIII

Ratsherr Schubert als Vorsitzender des Bau- und Umweltausschusses trägt vor und verweist auf die Sitzungsvorlage:

„Anlass der Planänderung/ Ziele und Zwecke der Planung

In den vorhandenen Baugebieten (BG Timphauk, BG Tempelsweg, Im Fellende) stehen nur noch einzelne Restgrundstücke zur Verfügung. Das zurzeit in der Erschließung befindliche Baugebiet am Spieksee verfügt zwar noch über ausreichende Kapazitäten an Baugrundstücken, die Gemeinde Rhede (Ems) ist aber der Auffassung, dass durch die Lage des vorliegenden Plangebietes an der südlichen Gemeindegrenze ein anderes Klientel angesprochen und somit ein größeres Spektrum an Wohnqualität im Gemeindegebiet vorgehalten wird. Das Baugebiet stellt eine sinnvolle Ergänzung der Angebotspalette für Wohnbaugrundstücke in der Gemeinde Rhede (Ems) dar. Es ist geplant die Wohnbauflächen durch einen örtlichen Bauträger in Abstimmung mit der Gemeinde Rhede zu vermarkten. Entsprechende Bauinteressenten haben sich bereits vormerken lassen. Für die im Plangebiet vorgesehenen ca. 6 Bauplätze liegen dem Bauträger bereits Anfragen vor. Somit kann mit einer kurzfristigen Erschließung und Bebauung des Plangebietes gerechnet werden. Entgegen dem allgemeinen Trend ist für den Landkreis Emsland in den nächsten Jahren mit einem Anstieg der Bevölkerung zu rechnen, daher ist die Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum auch zukünftig erforderlich. Um diesem Trend Rechnung zu tragen will die Gemeinde Rhede (Ems) weitere Flächen westlich des Ortskerns von Rhede (Ems), als Erweiterung für Wohnbauflächen ausweisen. Ziel der Planungen ist die Ar-rondierung und Verdichtung der Bebauung sowie die Verhinderung einer Zersiedelung.

Plangebiet

Der Geltungsbereich der 35. Änderung des Flächennutzungsplans liegt westlich der Ortslage Rhede (Ems) und südlich der Kreisstraße 166 (Neurheder Straße). Das Plangebiet umfasst Flächen für die Wohnbaunutzung welche sich an die vorhandene Bebauung gem. § 34 BauGB – Zulässigkeit von Vorhaben der im Zusammenhang bebauten Ortsteile – anschließen. Der folgenden Abbildung kann die Lage des Geltungsbereiches entnommen werden.

Vorbereitende Bauleitplanung

Die vorbereitende Bauleitplanung (Änderung des Flächennutzungsplans) dient der Darstellung der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung im Gemeindegebiet gemäß § 5 Abs. 1 BauGB. Aus dem rechtswirksamen Flächennutzungsplan können dann im Verfahren der verbindlichen Bauleitplanung Bebauungspläne, auch für Teilbereiche des Flächennutzungsplans, entwickelt werden.

Aufstellungsbeschluss, Bekanntmachung

Der Gemeinderat hat am 11.09.2018 beschlossen, den Flächennutzungsplan gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V. m. § 1 Abs. 8 BauGB für den im Lageplan dargestellten Bereich zu ändern. Der Änderungsbeschluss wurde mit Aushang vom 19.09.2018 öffentlich bekannt gemacht.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer Plan-aufgabe bei der Gemeinde Rhede (Ems) vom 27.09.2018 bis 26.10.2018 mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt (Anlage 1).

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonst. Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 26.09.2018 vorgenommen. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Planauslage vom 27.09.2018 bis 26.10.2018 wurde hingewiesen. Den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde Gelegenheit gegeben, bis zum 26.10.2018 eine Stellungnahme zu der beabsichtigten Planung und dem vorgesehenen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung abzugeben.

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken wurden entsprechend der beigefügten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt.

Billigung des Entwurfs und Auslegungsbeschluss

Der Entwurf wurde in der Ratssitzung am 16.05.2019 ausführlich erörtert und gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Entwurf nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Entwurf, die Begründung, die umweltbezogenen Informationen und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen wurden in der Zeit vom 31.05.2019 bis 01.07.2019 im Rathaus zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich ausgelegt.

Behandlung der Stellungnahmen

Die im Rahmen der Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit sind in einer Übersicht (Anlage 2) aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.

Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden
Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurden parallel gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und über die öffentliche Auslegung unterrichtet.

Behandlung der Stellungnahmen

Die Stellungnahmen der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind in einer Übersicht aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.“

Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, die eingegangenen Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsvorschlag zu entscheiden und das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Bürgermeister Willerding erläutert ergänzend die wichtigsten Eingaben der Träger öffentlicher Belange.

Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zum Änderungsentwurf der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Entscheidungsvorschlag berücksichtigt bzw. zurückgewiesen. Der Feststellungsbeschluss zur 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ wird gefasst. Die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ ist dem Landkreis Emsland zur Genehmigung vorzulegen. Die Genehmigung der 35. Änderung des Flächennutzungsplanes – Ausweisung von Wohnbauflächen im Bereich „Südlich Neurheder Straße / Östlich Heinz-Meyer-Weg“ ist gemäß § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit dieser Bekanntmachung wird die 35. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam.“

05.2 4. Änderung Bebauungsplan Nr. 12 A „Maritimes Wohnen am Spieksee“ – „Nördlich Spiekweg“; hier: Behandlung der Stellungnahmen und Satzungsbeschluss, Az: 621-678

Ratsherr Schubert als Vorsitzender des Bau- und Umweltausschusses trägt vor und verweist auf die Sitzungsvorlage:

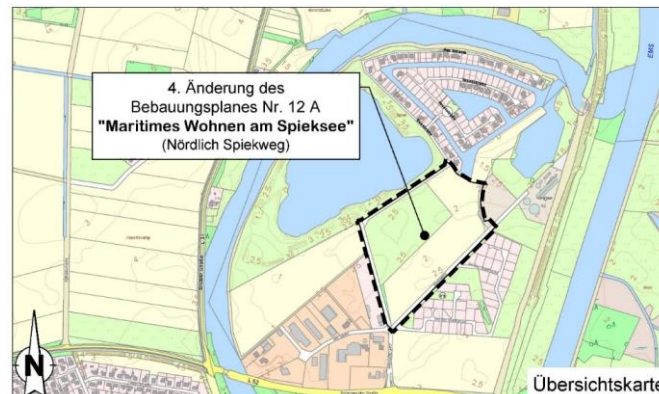
„Anlass der Planänderung/ Ziele und Zwecke der Planung

Die in der Gemeinde Rhede (Ems) zur Verfügung stehenden, baureifen Grundstücke sind fast vollständig veräußert, sodass aufgrund von zahlreichen Nachfragen ein akuter Bedarf an der Bereitstellung weiterer Baugrundstücke für die Wohnbebauung besteht. Um in der Gemeinde Rhede weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern, ist die Bereitstellung von weiteren Wohnbauflächen erforderlich. Der Bedarf an Wohnbauflächen lässt sich bereits zum heutigen Zeitpunkt aufgrund aktueller Nachfragen herleiten. Entgegen dem allgemeinen Trend ist für den Landkreis Emsland in den nächsten Jahren mit einem Anstieg der Bevölkerung zu rechnen, daher ist die Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum auch zukünftig erforderlich. Die Vermarktung der Baugrundstücke in dem Baugebiet „Südlich Spiekweg“ lässt auf einen erhöhten Bedarf nach freistehenden Einfamilienhäusern in exklusiver Lage schließen. In diesem Baugebiet stehen nur noch

wenige baureife Grundstücke zur Verfügung. Um diesen Trend Rechnung zu tragen, will die Gemeinde weitere Bauplätze im Bereich des Spieksees ausweisen. Die in der Ursprungsplanung vorgesehene Erschließung des Änderungsbereiches war in einem Entwicklungskonzept gebunden, welches die Arrondierung des Spieksees mit an Kanälen befindlicher Bebauung vorgesehen hatte. Das Gesamtkonzept wurde zwischenzeitlich zurückgefahren. Diese Flächen sollen nunmehr in Anlehnung an vorhandene Baugebiete erschlossen werden. Ziel der Planungen ist die Arrondierung und Verdichtung der Bebauung im Bereich nördlich des Ortskernes sowie die Verhinderung einer Zersiedlung.

Plangebiet

Der Geltungsbereich der 4. Änderung des B-Plans Nr. 12 A „Maritimes Wohnen am Spieksee“ – „Nördlich Spiekweg“ befindet sich im östlichen Abschnitt des Ursprungsplans und östlich der Wegeverbindung „Zum Spieksee“. Der Geltungsbereich ist der nachfolgenden Übersichtskarte zu entnehmen.



Vorbereitende Bauleitplanung

Der Bebauungsplan (B-Plan) soll aus dem Flächennutzungsplan (F-Plan) entwickelt werden (§ 8 Abs. 2 BauGB). Der F-Plan soll im Rahmen der 39. Änderung (Wohnbauflächen im Bereich Spiekweg) an die vorgenannten Planungen angepasst und als Wohnbaufläche gemäß § 1 Abs. 1 Nr.1 BauNVO dargestellt werden.

Aufstellungsbeschluss, Bekanntmachung

Der Gemeinderat hat am 21.02.2019 beschlossen, den Bebauungsplan gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB für den im Lageplan dargestellten Bereich aufzustellen. Der Änderungsbeschluss wurde mit Aushang vom 27.02.2019 öffentlich bekannt gemacht.

Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB wurde in Form einer Planauslage bei der Gemeinde Rhede (Ems) vom 07.03.2019 bis 08.04.2019 mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.

Behandlung der Stellungnahmen

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit wurden entsprechend der erstellten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt.

Frühzeitige Beteiligung der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

Die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB wurde mit Schreiben vom 06.03.2019 vorgenommen. Auf die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer Planauslage vom 07.03.2019 bis 08.04.2019 wurde hingewiesen. Den beteiligten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wurde Gelegenheit gegeben, bis zum 08.04.2019 eine

Stellungnahme zu der beabsichtigten Planung und dem vorgesehenen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung abzugeben.

Behandlung der Stellungnahmen

Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen und Bedenken wurden entsprechend der erstellten Zusammenfassung bei der Aufstellung der Planunterlagen berücksichtigt.

Billigung des Entwurfs und Auslegungsbeschluss

Der Entwurf des Bebauungsplanes wurde in der Ratssitzung am 12.03.2020 ausführlich erörtert und gebilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Entwurf nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 16.04.2020 bis 15.05.2020 öffentlich auszulegen. Die Bekanntmachung erfolgte am 08.04.2020.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Entwurf des Bebauungsplanes, die Begründung, die umweltbezogenen Informationen und die wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen wurden in der Zeit vom 16.04.2020 bis 15.05.2020 im Rathaus zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich ausgelegt. Die im Rahmen der Auslegung eingegangenen Anregungen und Bedenken der Öffentlichkeit sind in einer Übersicht aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.

Beteiligung der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden

Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden wurden parallel gemäß § 4 Abs. 2 BauGB beteiligt und über die öffentliche Auslegung unterrichtet. Die Stellungnahmen der Behörden, Nachbargemeinden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind in einer Übersicht aufgelistet und mit einer Stellungnahme nebst Entscheidungs- und Abwägungsvorschlag versehen.“

Vorschlag der Verwaltung

Die Verwaltung schlägt vor, den nachfolgenden Beschluss zu fassen und das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange untereinander und gegeneinander werden die zur 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12 A „Maritimes Wohnen am Spieksee“ – „Nördlich Spiekweg“ abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Entscheidungsvorschlag berücksichtigt bzw. zurückgewiesen. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12 A „Maritimes Wohnen am Spieksee“ – „Nördlich Spiekweg“ wird nach § 10 BauGB Abs. 1 als Satzung beschlossen. Der Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft.“

05.3 Anträge der SPD-Ratsfraktion vom 24.05.2020

a) Baumsatzung, Az: 714-12

BM Willerding berichtet über den Antrag für die Erstellung einer Baumschutzsatzung.

Antrag der SPD-Ratsfraktion:

„Der Rat der Gemeinde Rhede möge eine Baumsatzung nach entsprechender Diskussion beschließen. Die Verwaltung wird beauftragt entsprechendes zu fixieren und zu veröffentlichen.“

Auf die eingehende Beratung im Bau- und Umweltausschuss und im Verwaltungsausschuss wird verwiesen. Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Ratsherr Pohl erläutert den Antrag und führt aus, dass durch die Eingabe eine Diskussion im Rat angeregt werden soll, ob eine entsprechende Satzung sinnvoll ist. Die Regelungen in einer derartigen Satzung können und sollen auf die örtlichen Gegebenheiten individuell abgestimmt werden. Insbesondere gehe es darum, ortsbildprägende Bäume zu schützen.

Ratsherr Schubert sieht nicht die Notwendigkeit einer entsprechenden Satzung. Zudem verweist er auf den sehr hohen Verwaltungsaufwand.

BM Willerding steht dem Schutz von Bäumen grundsätzlich positiv gegenüber. Daher empfiehlt er, der vorgeschlagenen Beschlussfassung zuzustimmen.

Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Die Verwaltung soll prüfen, welche der umliegenden Gemeinden über eine Baumschutzsatzungen verfügt und diese ggfls. einholen. Es soll ein Sachstandsbericht gefertigt werden, welche Baumschutzmaßnahmen in Rhede bereits umgesetzt wurden und welchen Aufwand eine Baumschutzsatzung für Rhede bedeuten würde.“

b) Verhütung der Folgen von Starkregen, Az: 865-35

BM Willerding berichtet über den Antrag für die Erstellung einer Starkregenverordnung:

Antrag der SPD-Ratsfraktion:

„Der Rat der Gemeinde Rhede möge eine Starkregenverordnung und entsprechenden Versicherungsschutz beschließen, um für weitere Klimaveränderungen geschützt zu sein.“

BM Willerding berichtet über die von der Gemeinde getroffenen Maßnahmen zur Vermeidung von Hochwasser im Bereich der Kirchstraße. Das Kanalsystem wurde auf evtl. Schäden kontrolliert. Vorhandene Betonreste, die vermutlich seit dem Bau des Systems vorhanden sind, wurden entfernt. Die Gullischächte im Bereich der Kirchstraße werden nunmehr monatlich gereinigt. Diese Maßnahmen zeigen bisher ein gutes Ergebnis. Bauliche Maßnahmen, wie der Einbau eines Überlaufes wurden geprüft und können eine weitere Entlastung des Kanalsystems bei Starkregen bringen. Der finanzielle Aufwand ist jedoch sehr hoch.

Nach Einschätzung von Ratsherrn Hübner sind die anliegenden Hauseigentümer für den Versicherungsschutz ihrer Häuser selbst verantwortlich. Die Kommune kann nur in Regress genommen werden, wenn sie vorsätzlich untätig bleibt. Dies ist jedoch nicht der Fall.

Auf die eingehende Beratung im Bau- und Umweltausschuss und im Verwaltungsausschuss wird verwiesen. Der Fachausschuss und der

Verwaltungsausschuss haben dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen Sachstandbericht über bereits umgesetzte und zusätzlich mögliche Maßnahmen zum Starkregenschutz zu erarbeiten. Zusätzlich soll der Versicherungsschutz der Gemeinde bezüglich Starkregen geprüft werden. Das Ergebnis ist den Gremien vorzustellen.“

05.4 Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 04.06.2020

a) Wasserhaushaltung und Wasserregulierung, Az: 741-03

BM Willerding berichtet nachstehenden Antrag der SPD-Ratsfraktion:

„Die Dürre frisst uns auf – „Wo bleibt unsere Ernte?“ - Fragen der Bauern.

Mir ist keine so langanhaltende Dürre im Emsland bekannt. Seit 2018 sind die erwartenden und erhofften Regenmengen ausgeblieben und so soll es seitens der Metrologen zu folgen auch zukünftig so bleiben oder sich gelegentlich in Starkregen kundtun, und Schlimmes anrichten. Was ist unsererseits machbar? Jedweder unnötige Wasserverbrauch ist zu unterlassen, das Oberflächenwasser muss gezielter den Starkverbrauchern (sprich den Bauern zu Gute kommen), die Vorfluter kontrollierter eingesetzt werden im Sinne eines Wasserstandsmanagements benutzt werden. Eine Planung für Regenhalterückbecken muss bedacht werden und in die Planung von Neubaugebieten übergehen. Eigenbrunnen sollten erfasst und kontrolliert werden. Missbräuchliche Grundwasserentnahme sollte gemäßregelt und unterbunden werden. Dies sollte auf der nächsten Bau - und Umweltausschusssitzung diskutiert und in die Planung mit den umliegenden Gemeinden umgesetzt werden.

Hans – Jürgen Pohl

SPD-Fraktion im Gemeinderat Rhede (Ems)“

Ratsherr Pohl erläutert den Antrag und teilt mit, dass die geschilderte Thematik ein überregionales Problem darstellt und eng mit dem Klimawandel zusammenhängt.

Ratsherr Hiller teilt mit, dass die Gemeinde dieses Problem nicht alleine lösen kann. Vielmehr müsse man sich auf Kreisebene mit dieser Thematik befassen und daher den Maßnahmen des Wasserstands-Managements des Landkreises anschließen.

Auf die eingehende Beratung im Bau- und Umweltausschuss und im Verwaltungsausschuss wird verwiesen. Der Fachausschuss und der Verwaltungsausschuss haben dem vorliegenden Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Die Verwaltung wird beauftragt, das Wassermanagementkonzept des Landkreises Emsland zu unterstützen. Ferner soll das Thema Wassermanagement bei Ausweisungen von neuen Bau- oder Gewerbegebieten weiterhin berücksichtigt werden.“

06. Vorlagen des Verwaltungsausschusses (Sitzung vom 25.06.2020)

06.1 Anpassung der Abwassergebühr, Az: 865-41

BM Willerding trägt vor und verweist auf die Sitzungsvorlage:

„Die Kläranlage ist 1996 mit einer Größenordnung von 8.000 EWG (Einwohnergleichwerten) in Betrieb genommen worden. Grundlage für diese Größenordnung waren künftige Anschlussvorhaben im Außenbereich lt. Abwasserrahmenplan, im neuen Gewerbegebiet und im zukünftigen Ferien- und Freizeitgebiet (heute Baugebiet Spieksee Maritimes Wohnen) sowie die Überlastung der bisherigen Kläranlage durch die Abwässer der Molkerei.

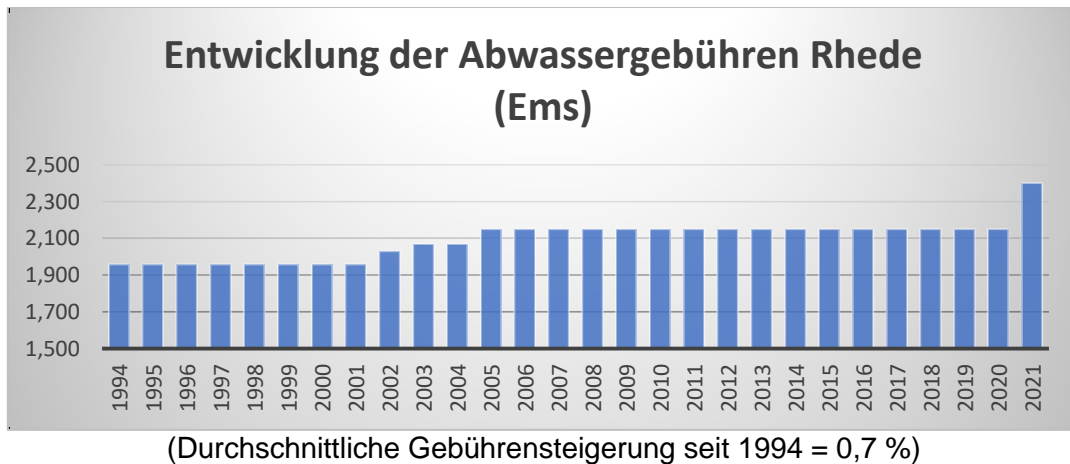
Nach der Fertigstellung stellte jedoch die Molkerei ihren Betrieb ein. Weiterhin verzögerten sich die Maßnahmen zum Bau des Ferien- und Freizeitgebietes. Die Maßnahmen für die Erweiterung des Leitungsnetzes sind im Jahr 1999/2000 mit dem Anschluß von 41 Grundstücken begonnen worden. In den Jahren 2001 bis 2006 erfolgte der Anschluß von weiteren 160 Grundstücken. Die Erweiterung des Gewerbegebietes an der A 31 wurde an den Schmutzwasserkanal angeschlossen. Im Jahre 2007 erfolgte der Anschluß des ersten Bauabschnittes des Baugebietes „Maritimes Wohnen am Spieksee“ mit zunächst 150 potentiellen Grundstücken, welche in den kommenden Jahren bebaut werden. In den Folgejahren wurden die Baugebiete „Dorenburgstraße“, „Timphau“, „Storchenweg“ und „An der Wallhecke“ an das Kanalsystem angeschlossen. Festzustellen ist jedoch, dass die Kläranlage aufgrund des Ausfalles des größten Einleiters (Molkerei) und aufgrund der annähernd stagnierenden Einleitungsmengen nicht ausgelastet ist. Der Anteil der nicht durch Einleitungen gedeckten Kosten beträgt im Durchschnitt der Vorjahre 12 v.H. der Gesamtkosten. Es ist den heutigen Einleitern nicht zuzumuten, die Kosten, welche durch die nicht vollständige Auslastung der Kläranlage entstehen, durch höhere Gebühreneinzahlungen auszugleichen. Insofern ist eine Mitfinanzierung über den allgemeinen Haushalt im Rahmen des „öffentlichen Interesses“ gerechtfertigt.

Ein weiteres Problem stellen der erhebliche Finanzierungs- und Sanierungsbedarf und die damit steigende Abschreibung bzw. die Ersatzbeschaffungen im jeweiligen laufenden Jahr dar (z.B. Erneuerung des Rechens und des Sandfangs, Errichtung einer Klärschlammmentwässerungsanlage, Kanalsanierung). Nach dem Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG) hat die Gemeinde für die Inanspruchnahme der kommunalen Einrichtung „Abwasserbeseitigung“ Abwassergebühren zu erheben. Hierbei hat sich die Höhe der Gebühr nach den Kosten zu bemessen. Dieses beinhaltet die Intention der Kostendeckung durch Gebührenerhebung. Die Kosten der Abwasserbehandlung sind durch eine Kostenrechnung zu ermitteln. Ggfs. ist eine Gebührenerhöhung vorzunehmen.

Die vorläufige Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2021 ergibt für die Abwasserbeseitigung zu erwartende Kosten in Höhe von rd. 560.635,55 €. Gerechnet wird mit einem Abwasseraufkommen von rd. 151.100 m³. Bei der seit dem 01.07.2005 erhobenen Abwassergebühr von 2,15 €/m³ Abwasser ist mit Einnahmen von insgesamt 395.207,00 € (hiervon Kanalgebühren rd. 325.000 €) zu rechnen. Rechnerisch ergibt sich somit ein ungedeckter Betrag in Höhe von rd. 165.428,55 € (= 29,51 %). Unter weiterer Berücksichtigung des „öffentlichen Interesses“ in Höhe von 12 v.H. der Kosten (67.276,27 €) beträgt das Defizit 98.152,28 € (24,84 %). Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf den Haushaltsplanentwurf 2021 (Anlage 1) verwiesen.

Daher ist eine Anpassung der Abwassergebühr erforderlich. Eine Anhebung der Abwassergebühr um 0,25 € auf 2,40 € je m³ Abwasser sowie die Einführung einer sogenannten Zählergrundgebühr in Höhe von 10,- Euro je abgelesenem Wasserzähler würde zu einer Mehreinnahme in Höhe von 52.525 € und somit zu einer Reduzierung des Defizits auf rd. 45.627,28 € führen. Dieses Defizit kann durch Überschussvorträge aus Vorjahren ausgeglichen werden.

Eine Zählergrundgebühr könnte darüber hinaus die ständig steigende Zahl der Zwischenzähler eindämmen. Die vorgeschlagene Zählergrundgebühr in Höhe von 10,00 Euro entspricht in etwa dem Betrag, den die Gemeinde hierfür auch an den Wasserverband Hümmling zahlt.



In der vorliegenden Anlage 2 wird die Auswirkung einer Gebührenanpassung auf Haushalte mit 4 Personen dargestellt. Darüber hinaus werden hier die zurzeit erhobenen Abwassergebühren der umliegenden Kommunen dargestellt. Die Anlagen werden von BM Willerding ausführlich erläutert.“

Nach Einschätzung von Ratsherrn Hiller hätte die Abwassergebühr bereits von 8 Jahren angepasst werden müssen. Die jetzige Anhebung ist sehr hoch, jedoch unvermeidbar, so Hiller.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses haben sich einstimmig für den vorliegenden Beschlussvorschlag ausgesprochen.

Die Mitglieder des Rates fassen einstimmigen Beschluss:

„Dem vorgenannten Vorgehen und dem Verfahren zur Aufstellung des anliegenden Haushaltsplan-Entwurfes wird zugestimmt. Die Abwassergebühr wird mit Wirkung vom 01.01.2021 auf 2,40 € festgesetzt und eine Zählergrundgebühr in Höhe von 10,- Euro für jeden für die Ermittlung der gebührenpflichtigen Abwassermenge zu berücksichtigenden Wasserzähler (Wasserzähler, Zuzähler, Absetzzähler) erhoben. Die in Anlage 3 beigefügte Satzung wird beschlossen.“

Anlage 3:

11. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung)

Aufgrund der §§ 10, 13, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. Seite 576) in der zur Zeit geltenden Fassung hat der Rat der Gemeinde Rhede (Ems) in seiner Sitzung am 19.05.2020 folgende 11. Änderung der Satzung der Gemeinde Rhede (Ems) über die Erhebung von Beiträgen, Gebühren und Kostenerstattungen für die Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 24.11.1994 beschlossen:

Art. I

§ 12 wird wie folgt neu gefasst:

§ 12

Gebührensätze

- (1) Die Abwassergebühr beträgt für jeden m³ Schmutzwasser 2,40 €. Die Gebühr für das Niederschlagswasser wird durch eine gesonderte Gebührenordnung festgesetzt.

- (2) Je Meßeinrichtung (Wasserzähler, Zuzähler, Absetzzähler), welche für die Ermittlung der in die Schmutzwasserkanalisation eingeleiteten Abwassermenge zu berücksichtigen ist, wird eine jährliche Zählergrundgebühr von 10,00 € erhoben.

Art. II
Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.
Rhede (Ems), 02.07.2020
Willerding

07. Mitteilungen des Bürgermeisters

Az: 517-19, Eichenprozessionsspinner (EPS):

BM Willerding berichtet über einen massiven Befall durch die EPS, so dass die Bekämpfung durch Absaugen nur innerorts an wichtigen Stellen (Kindergarten, Schule, Marktplatz, Spielplätze) erfolgen kann.

Az: 032-03, Altersjubilare

BM Willerding teilt mit, dass die Besuche der Ratsmitglieder bei den Altersjubilaren, aufgrund der Corona-Krise für die Monate Juli, August und September 2020 ausgesetzt werden. Dies ist insbesondere für die Altersjubilare bedauerlich, jedoch ist dies eine Maßnahme zur Eindämmung der Pandemie.

06. Neubau der Mehrzweckhalle Rhede (Ems)

hier: Namensgebung, Az: 373-021

BM Willerding verweist auf die Namensvergaben des Neubaus der ehemaligen Mehrzweckhalle hin. Aus den insgesamt 63 Namensvorschlägen hat der Gemeinderat im Rahmen einer Abstimmung einen neuen Namen ausgewählt und einstimmig nachstehenden Beschluss gefasst:

„Das neue Gebäude, welches künftig als Kultur- und Bildungsstätte, als Begegnungsstätte für „Jung und Alt“ und als zentraler Treffpunkt für die Verbände und Vereine aus Rhede zur Verfügung stehen soll, erhält den Namen Anker.“

Az: 514-12, Info Corona / Betrieb Rathaus

BM Willerding berichtet, dass das Bürgerbüro des Rathauses seit dem 11. Mai 2020 wieder zu den gewohnten Zeiten geöffnet hat. Gleiches gilt für den Ratstrakt, in dem die öffentlichen Auslegungen derzeit erfolgen. Die weitere Entwicklung einschließlich etwaiger Lockerungen bleibt abzuwarten.

Az: 449-000, Kita-Gebühren

Im Zuge der Lockerungen hat am 22.06.2020 ein eingeschränkter Regelbetrieb begonnen. Dies hat zur Folge, dass eine grundsätzliche Gebührenpflicht wieder eintritt. Eine Abstimmung auf Landkreisebene ergab, dass für den (Rest)-Juni 2020 keine Gebühren gezahlt werden müssen, da die Eltern die gesamte Märzgebühr gezahlt haben, obwohl die Corona-Schließung der Kindergärten Mitte März erfolgte. Die Gebühr für die Notbetreuung muss gezahlt werden.

Az: 032-03, Altersjubilare

Die Besuche der Ratsmitglieder bei den Altersjubilaren werden aufgrund der Corona-Krise für die Monate Juli, August und September 2020 ausgesetzt. Die unterschiedlichen Meinungen in dieser Sache seien zwar bekannt, jedoch sollte die Gemeinde zur Eindämmung der Pandemie eine Vorbildfunktion einnehmen.

Ratsherr Husmann regt an, diesen Hinweis im Gemeindebrief zu veröffentlichen.

Az: 123-14, Rheder Markt 2020 - Corona

BM Willerding teilt mit, dass derzeit noch nicht bekannt ist, ob und in welcher Form der Rheder Markt 2020 stattfinden kann. Die Verwaltung prüft derzeit die Sachlage. Bei der Entscheidungsfindung sind viele Faktoren von Bedeutung. Vor dem Hintergrund zur Eindämmung der Corona-Pandemie hat die Gesundheit der Bevölkerung oberste Priorität. Eine Abstimmung mit anderen Kommunen des Landkreises wird angestrebt.

08. Anträge und AnfragenAz: 154-04, Bushaltestellenkonzept Rhede

Ratsherr Hiller verweist auf die Umsetzung des Bushaltestellenkonzeptes und regt an, die nicht mehr benötigten Bushaltestellen (Waschbeton-Ausführung) umzusetzen, so dass diese von Radfahrern als Unterstand genutzt werden können.

Az: 032-01/8, Bezuschussung des Ankaufs eines Zeltes für das Zeltlager Rhede (Ems),

Ratsherr Husmann verweist auf die Bezuschussung der Gemeinde für den Ankauf eines Zeltes. Nunmehr hat auch der Landkreis Emsland eine entsprechende Bewilligung ausgesprochen. Die Finanzierung der Maßnahme sollte somit gesichert sein.

09. EinwohnerfragestundeAz: 873-36, Bau und Unterhaltung des Friedhofs

Thomas Berling trägt nachstehende Stellungnahme des Kappellenvorstandes Borsum zu den durchgeführten Unterhaltungsmaßnahmen am Borsumer Friedhof vor, die in der Öffentlichkeit kritisiert worden sind:

Stellungnahme des Kapellenvorstandes St. Anna / Borsum zum Artikel: „Wie gut ist Rhede auf Starkregen vorbereitet“ erschienen in der Emszeitung vom 18.Juni 2020.

Bezugnehmend auf den Artikel „Wie gut ist Rhede auf Starkregen vorbereitet“ vom 18. Juni 2020 wollen wir als Kapellenvorstand St. Anna Borsum zum letzten Absatz, in dem Herr Pohl auf eine vermeidlich unangemessene Rodung am Friedhof in Borsum im vergangenen Jahr verweist, Stellung nehmen.

Im Kalenderjahr 2019 sind am Friedhof in Borsum die nachstehenden Maßnahmen im Ehrenamt, durch die Mithilfe der Borsumer, dem Friedhofsgärtner, dem Kapellenvorstand und unter Hinzuziehung qualifizierter Firmen, fachgerecht durchgeführt worden. Welche mit der Rodung der Hecke und Abbruch des darin befindlichen Zaunes begannen. Diese war zuletzt an der westlichen Seite zu ca. 1/3 ausgegangen und bot durch den Zaun, welcher auf ganzer Länge des Friedhofes in einem völlig desolaten Zustand war, zahlreichen Rehen und Kaninchen die Möglichkeit, die Knospen und Blüten auf den Gräbern abzufressen.

In einem weiteren Arbeitsschritt wurden ca. 10 Bäume gefällt. Diese waren zum Teil von Krankheiten befallen, von innen bereits hohl, in Teilen morsch und stellten somit ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Darüber hinaus drückten deren Wurzeln an vielen Stellen das Pflaster hoch, welches zu gefährlichen Stolperfallen führte. Durch diese Gegebenheiten machte es leider nur Sinn uns von diesen Bäumen zu trennen. Eine sehr große Blutbuche konnte glücklicherweise jedoch erhalten werden. Mit Hilfe einer Gartenberaterin der Landwirtschaftskammer wurde im Anschluss ein Konzept zur Bepflanzung und Wiederaufforstung ausgearbeitet. Hierbei war allen Beteiligten sehr wichtig bestimmte örtliche Aspekte, wie zum Beispiel das Kreuz, welches am Kopf der zentralen Achse des Friedhofes steht, hervorzuheben.

Im Herbst 2019 wurde der Friedhof dann wieder in einem großen Arbeitseinsatz mit vielen Helfern bepflanzt. In diesem Zuge wurden 6 Linden, 3 Blutbuchen, 40 Taxus, über 50 Rosen und viele weitere Gewächse gepflanzt. Darüber hinaus soll in diesem Jahr noch ein Ginkgobaum folgen.

Bei der Auswahl der Pflanzen wurde darauf geachtet heimische Gewächse zu verwenden. So wurden um den gesamten Friedhof Linden gepflanzt um die Allee, welche von der Borsumer Dorfstraße zum Friedhof herführt, optisch zu erweitern.

Betonen muss man an dieser Stelle den beherzten Einsatz der engagierten Borsumer, welche ihre persönliche Zeit, Maschinen und Geräte bereitwillig zur Verfügung gestellt und gemeinsam einen modernen vielseitigen Friedhof gestaltet haben.

Rückblickend sind am Friedhof in Borsum sehr umfangreiche Maßnahmen durchgeführt worden. Betrachtet man das Verhältnis von geschlagenen Bäumen zu der Wiederbepflanzung kann hier allerdings in keinem Fall von einer unangemessenen Rodung gesprochen werden, sondern von dringend notwendigen Vorgehensweisen, um eine würdevolle Ruhestätte für unsere Verstorbenen und den Angehörigen einen sicheren Besuch der Gräber zu ermöglichen.

Für offene Fragen stehen die Mitglieder des Kapellenvorstandes St. Anna Borsum gerne zur Verfügung und verbleiben mit freundlichen Grüßen.

Die Mitglieder des Kapellenvorstandes St. Anna Borsum

Ratsherr Staars bedankt sich beim Kapellenvorstand für die durchgeführten Maßnahmen am Borsumer Friedhof.

10. Schließung der Sitzung

Der Ratsvorsitzende schließt die öffentliche Sitzung des Rates um 21.00 Uhr

Willerding
Bürgermeister

Staars
Ratsvorsitzender

Lüsing-Hauert
Protokollführer